

DEUTSCHLAND AUF DEM WEG ZU EINER MODERNEN ENERGIEPOLITIK



Liebe Leserinnen und Leser,

die Energiepolitik ist und bleibt eine der Kern- und Streitfragen auf der politischen Agenda. Wie wird es Deutschland gelingen, einen modernen Energiemix darzustellen, der jederzeit eine sichere Stromversorgung gewährleistet, unsere bis dato hohe Wettbewerbsfähigkeit international aufrechterhält und dabei die Umweltverträglichkeit befördert? Jeder Experte weiß: Schon minimalste Veränderungen einzelner Parameter können enorme Auswirkungen in sich bergen. Die Achtsamkeit und Sorgfalt aller politisch Handelnden bleibt deshalb gefordert.

Was niemand in Frage stellt: Das Stromnetz als Bindeglied zwischen Angebot und Nachfrage stößt durch die Energiewende an seine Grenzen. Deutlich wird dies etwa am Einsatz von Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen. So wurden im ersten Quartal 2017 Redispatch-Maßnahmen, also Anpassungen der Einspeisung von Kraftwerken durch Übertragungsnetzbetreiber, in einer Größenordnung von 5,5 TWh durchgeführt. Hier spielen natürlich Wetter- und Sonderfaktoren eine wichtige Rolle. Allerdings liegt der notwendige Einsatz dieser Maßnahmen auf einem anhaltend hohen Niveau – mit jährlich schwankenden, aber tendenziell steigenden Kosten für die Verbraucher.

Mit der Sektorkopplung gerät die Netzinfrastruktur zukünftig auch als Bindeglied zwischen den Sektoren in den Fokus. Im vorliegenden Szenariorahmen für die Netzentwicklungsplanung geht die Bundesnetzagentur derzeit von 3 Mio. Elektroautos und 2,6 Mio. Wärmepumpen in 2030 aus. Über Prognosen mag man diskutieren, klar ist aber: Die Leistungsfähigkeit der Netze muss für die steigenden technischen Anforderungen aus der Sektorkopplung, z. B. einer stärkeren Gleichzeitigkeit der Stromnachfrage, erhöht werden. Dass der Netzausbau hier die tragende Rolle spielen wird, steht außer Frage. Doch man muss überlegen: Wie können bestehende Spielräume bestmöglich genutzt werden, um einen weiteren Ausbau der Netze soweit wie möglich in Grenzen zu halten?

Sicherlich muss auch das Thema Netzentgelte weiter diskutiert werden. Das Netzentgeltmodernisierungsgesetz muss hier ganz klar als Einstieg in eine umfassende Überprüfung und Anpassung der Netzentgeltssystematik betrachtet werden. Denkbar ist, über die Netzentgelte Anreize zu setzen, den Ausbaubedarf vor allem im Verteilnetz zu begrenzen. Über Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge könnten Anreize zu einer netzdienlichen Ansiedelung von Erzeugung und Last gesetzt werden. Grundsätzlich sollte sich eine zukünftige Netzentgeltssystematik an den Bedürfnissen im Netz ausrichten und bestehende Knappheiten abbilden. Einfach formuliert: Wer die Netze in Anspruch nehmen will, sollte auch mit den hierdurch verursachten Kosten konfrontiert werden.

Im Kern geht es darum, die technischen Begrenzungen des Netzes im Markt adäquat abzubilden. Natürlich muss dabei auch sichergestellt sein, dass die Netzentgeltssystematik Entwicklungen im Markt nicht behindert. So können arbeitsabhängige Netzentgeltkomponenten die Wirksamkeit des Strompreissignals hemmen und Marktreaktionen bremsen. Eine enge Orientierung der Marktteilnehmer auf die Preissignale des Stromgroßhandelsmarktes ist aber für die Energiewende dringend erforderlich. Zu prüfen ist daher, ob die Refinanzierung der Netzentgelte nicht besser über entnahmeunabhängige Preise erfolgen sollte, die der Flexibilität der Akteure am Strommarkt nicht im Wege stehen. Gleiches gilt im Prinzip für jegliche Systemkosten, die über auf den Energieverbrauch bezogene Umlagen gedeckt werden.

Nicht nur die Netzentgelte sind vor diesem Hintergrund zu diskutieren. Vielmehr steht eine Fülle weiterer Fragen im Raum: Wie können wir EE-Anlagen stärker zu einem netzdienlichen Verhalten bewegen? Wie können wir jetzt und zukünftig Subventionen vermeiden, die letztlich dem Netz mehr schaden als nützen? Wie können Flexibilitätspotenziale aus Lastmanagement und Speichern netzdienlich eingesetzt werden, ohne dass es zu Diskriminierung unabhängiger Akteure kommt? Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, das Energiesystem der Zukunft gesamthaft zu denken und die Wechselwirkungen zwischen Markt und Netz und verschiedenen Sektoren abzubilden. Dies wird die große Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Jochen Homann
Präsident der Bundesnetzagentur